



2022/41 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/2022/41/postmodernes-chaos>

Die Deutsche Post ist ein privatwirtschaftlicher Monopolbetrieb

Postmodernes Chaos

Von **Jörn Schulz**

Das börsennotierte Monopolunternehmen Deutsche Post vereint die Nachteile von Privat- und Staatswirtschaft.

Lenins Schriften erscheinen aus heutiger Sicht zuweilen skurril. »Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft«, heißt es etwa in »Staat und Revolution«. Doch in der Tat weiß die Geschichtswissenschaft von Sozialdemokraten früherer Zeiten zu berichten, die man als geistreich bezeichnen könnte. Und auch für das Lob der Post gab es nachvollziehbare Gründe. In einem »Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen - Monopols organisiert ist«, so Lenin, sei »der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung« vorhanden, der nur noch vom Proletariat in Besitz genommen werden müsse.

Als vorbildlich galten Lenin auch die strikte Hierarchie und die preußische Disziplin, entsprechend autoritär wurde die bolschewistische Arbeitsordnung. Richtig bleibt aber, dass ein staatlicher Monopolbetrieb effizient für die Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses wie der schriftlichen Kommunikation sorgen kann, gerade weil er nicht nach Rentabilitätskriterien arbeitet und in manchen Bereichen – es ist unprofitabel, Briefe auf einer Hallig auszuliefern – nur so eine flächendeckende Versorgung sichergestellt werden kann.

So gut wie unkündbar, mussten sich Staatsangestellte von ihren Vorgesetzten nicht alles bieten lassen und konnten sich gegen Zumutungen wehren.

Von einer kostengünstigen und zuverlässigen Grundversorgung profitieren auch die Unternehmen, deren Vertretungen daher lange nichts dagegen einzuwenden hatten, dass die Infrastruktur weitgehend unter staatlicher Kontrolle blieb. Das änderte sich erst mit der in den achtziger Jahren beginnenden wirtschaftsliberalen Offensive, die den Privatisierungswahn im folgenden Jahrzehnt zu einem kaum noch hinterfragten Dogma machte. Das daraus resultierende Desaster ist offenkundig, in der Postmoderne haben Erzählungen über Weg und Verbleib des Briefs dessen Empfang ersetzt – und wäre Lenin

1917 für seine Reise aus dem Exil nach Russland auf die heutige Deutsche Bahn angewiesen gewesen, würden wir heute wohl von der Dezemberrevolution sprechen.

Doch in einem Punkt liegen die Privatisierungspropagandisten nicht ganz falsch. Es ist in Staatsbetrieben schwieriger, aus den Lohnabhängigen alles und mehr herauszupressen. In den achtziger Jahren kam ein Postbote am Stadtrand von Hamburg mit einer 30-Stunden-Woche davon, musste die zusätzliche Freizeit allerdings mit extrem frühem Aufstehen an sechs Tagen pro Woche bezahlen. Wer am Hamburger Hauptbahnhof in der Nachtschicht Post entlud, hatte Stoßzeiten anstrengender Arbeit zu bewältigen, aber einige Stunden gar nichts zu tun. So gut wie unkündbar, mussten sich Staatsangestellte von ihren Vorgesetzten nicht alles bieten lassen und konnten sich gegen Zumutungen wehren. Doch wird wohl niemand bezweifeln, dass die Post (wie die Bahn) damals pünktlicher war.

In den späten neunziger Jahren erzählten sich Postangestellte dann, dass ein Vorgesetzter auf die Beschwerde eines überlasteten Briefträgers geantwortet habe: »Dann tragen Sie morgen auf der anderen Straßenseite aus, damit die Leute dort auch mal Post kriegen.« Die Authentizität ist nicht verbürgt, doch bringen Anekdoten dieser Art ein Problem auf den Punkt: Mit der Privatisierung ging eine Arbeitsverdichtung einher, die nicht nur punktuell, sondern dauerhaft über die Leistungsgrenze der Arbeitskraft getrieben wurde. Zudem wurde kein Reservepersonal bereit gehalten, um bei Krankmeldungen oder höherem Arbeitsaufkommen einzuspringen, weil das ja Geld kostet.

Das ist als trial and error-Verfahren normal im kapitalistischen Geschäftsbetrieb, ungewöhnlich erscheint hingegen, dass es nach einem Vierteljahrhundert noch weit schlimmer geworden ist. Die meisten Unternehmen hätten reagieren müssen, weil die Kundschaft sonst zur Konkurrenz gewechselt wäre. Doch nach der Privatisierung der Post (und der Kommerzialisierung der Bahn) schnappten sich private Anbieter einige lukrative Marktsegmente, die Grundversorgung aber bleibt dem ehemaligen Staatsbetrieb überlassen. Als börsennotiertes Monopolunternehmen vereint die Deutsche Post das Schlechteste der Welten von Privat- und Staatswirtschaft, die auf Effizienz getrimmte Überausbeutung der Lohnabhängigen mit der erhabenen Indolenz einer niemandem rechenschaftspflichtigen Bürokratie.

Auf Beschwerden zu reagieren, kann man ja überlasteten Servicekräften überlassen. Überdies muss jemand schon sehr, sehr verärgert sein oder die elementaren Interessen eines gebeutelten Kleinunternehmens vertreten, das dummerweise auf die Post angewiesen ist, um eine solche aussichtslose Mission auf sich zu nehmen. Die Briefbeförderung ist nur noch ein lästiges und wenig lukratives Nebengeschäft des Weltkonzerns Deutsche Post DHL Group, das man wegen der Verpflichtungen im Rahmen der Post-Universaldienstleistungsverordnung nicht loswerden kann.

Lenin empfahl, den »technisch hochentwickelten Mechanismus« Post mit der »eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter« unter Kontrolle zu bringen. Man wird derzeit wohl etwas niedrigschwelliger ansetzen müssen. Immerhin ist der wirtschaftsliberale Wahn so weit abgeklungen, dass kaum noch jemand weitere Privatisierungen fordert, gar hin und wieder das Stichwort »Vergesellschaftung« zu hören ist. Unter jungen Menschen scheint sich immer häufiger Widerspruch gegen ein Arbeitsethos zu regen, dem das Burnout-Syndrom als Eisernes Kreuz des Leistungsträgers gilt. Eine bessere Post ist möglich, durchsetzen

könnte sie aber wohl nur ein Streik. Auf geistreiche Sozialdemokraten sollte man jedenfalls nicht hoffen.